



### Birma / Myanmar

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
55 Millionen	Buddhisten	90%
	Christen	4%
	Muslime	4%
	Sonstige	2%

#### Politischer Reformprozess geht weiter

Fünf Jahrzehnte lang wurde das Land Myanmar (offiziell Republik der Union Myanmar; auch Birma genannt) mit eiserner Hand vom Militär regiert. Seit 2011 aber zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab. Unter Staatspräsident Thein Sein, dem ersten zivilen Präsidenten seit fünfzig Jahren, führte die myanmarische Regierung eine Reihe politischer Reformen durch. Am Ende des Reformprozesses soll eine „disziplinierte Demokratie“ stehen. So ist es in der Verfassung von 2008, die am 31. Januar 2011 in Kraft getreten ist, festgelegt. Ein gewisser Einfluss des Militärs ist auch weiterhin vorgesehen. So muss laut Verfassung ein Viertel der Parlamentssitze an Militärangehörige vergeben werden. Die Reformen sollen dem Land nach Jahrzehnten militärischer Diktatur und wirtschaftlicher Isolation auch zu einem neuen Aufschwung auf internationaler Ebene verhelfen.

Zu Beginn stand die internationale Gemeinschaft den Reformversprechungen mit Skepsis und Zurückhaltung gegenüber. Nachdem einige Monate verstrichen und erste Reformversuche unternommen worden waren – unter anderem Einführung des Streikrechts, erste Schritte zur Gründung einer freien Handelsunion, die teilweise Aufhebung der Medienzensur –, überprüften die USA und die Europäische Union ihre Wirtschaftspolitik und Handelssanktionen und machten sie zum Teil rückgängig.

Im Januar 2012 entschied Präsident Thein Sein, im Rahmen eines Begnadigungsaktes, eine Reihe myanmarischer Dissidenten nach jahrelanger Haft aus den Landesgefängnissen freizulassen. Bis Ende 2013 wurden fast alle politischen Gefangenen entlassen. Im März 2012 verpflichtete sich die Regierung von Myanmar, jegliche Form der Zwangsarbeit abzuschaffen. Im Juni 2012 unterzeichnete die Regierung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen einen Aktionsplan, nach dem alle Militärangehörigen unter achtzehn Jahren entlassen werden sollen. In den Folgemonaten wurden daraufhin Hunderte



Birma / Myanmar

---

von Kindersoldaten aus dem Militär entlassen.

Als im Mai 2012 die legendäre Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die fünfzehn Jahre unter Hausarrest gestellt war, mit anderen Mitgliedern ihrer Partei offiziell Mitglied des burmesischen Parlaments wurde, drückten die Bischöfe von Myanmar ihre Zufriedenheit und Hoffnung angesichts der „neuen Vorwärtswicklung“ aus, die das Land nun mache.

Im November 2012 lobte US-Präsident Barack Obama bei einem Staatsbesuch in Myanmar die von der Regierung eingeleiteten Reformen. Es war das erste Mal, dass ein US-Präsident Myanmar besuchte. Zugleich appellierte Obama aber an die Regierung, allen gesellschaftlichen Gruppen gleiche Rechte zu gewähren. Das sei wesentlicher Bestandteil einer Demokratie. Myanmar habe sich in den vergangenen anderthalb Jahren in einem „dramatischen Übergang“ von mehr als fünf Jahrzehnten Diktatur befreit. „Ich bin heute gekommen, um mein Versprechen einzulösen und die Hand der Freundschaft zu reichen“, sagte Obama.

Ein Test für die Tragfähigkeit der bisherigen demokratischen Entwicklungen war die Parlamentswahl am 8. November 2015. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes lag das endgültige Wahlergebnis noch nicht vor. Es zeichnete sich aber ein Sieg der Oppositionspartei „Nationalliga für Demokratie“ (NLD) unter der Führung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ab. Präsident Thein Sein von der bisherigen Regierungspartei „Union der Solidarität und Entwicklung“ (USDP) gratulierte ihr zum Wahlsieg und versprach eine friedliche Machtübergabe, sobald die Wahlkommission das Ergebnis bestätigt haben werde.

### **Wachsende ethnische und religiöse Spannungen**

Überschattet wird der Reformprozess allerdings von neuerlichen schweren ethnischen und religiösen Spannungen. Myanmar ist ein Vielvölkerstaat mit rund 55 Millionen Einwohnern und rund 135 ethnischen Gruppen. Mit etwa siebzig Prozent bilden die Birmanen (auch Bamar genannt) die größte Volksgruppe. Seit Erlangung der politischen Unabhängigkeit im Jahr 1948 leidet Myanmar unter bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär



und ethnischen Widerstandsgruppen, die mit Waffengewalt für eine politische Unabhängigkeit von der birmanischen Zentralregierung kämpfen. In den vergangenen Jahren hat es zwar eine ganze Reihe von Waffenstillstandsvereinbarungen gegeben, doch die Kämpfe flammten immer wieder auf.

Nach siebzehn Jahren Waffenstillstand brachen im Juni 2011 im Kachin-Staat im Norden Myanmars erneut Kämpfe aus zwischen der „Kachin Independence Army“, die für einen von Myanmar unabhängigen Kachin-Staat kämpft, und Regierungstruppen. Während der monatelangen Kämpfe sind mehr als 80 000 Menschen aus den Staaten Kachin und Shan geflüchtet. Im März 2013 vereinbarten die Konfliktparteien, die Kampfhandlungen einzustellen, konnten sich aber nicht auf ein formales Waffenstillstandsabkommen einigen. Erneute Gespräche fanden im Oktober 2013 statt, und es wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Beobachtergruppe beschlossen.

Nach einjährigen Verhandlungen konnten sich im März 2015 die Regierung und Vertreter von sechzehn Rebellengruppen auf einen vorläufigen Waffenstillstand einigen. Im Oktober 2015 unterzeichnete die Regierung dann in einer feierlichen Zeremonie einen Waffenstillstand mit acht Rebellengruppen. Wie lange dieser hält, bleibt abzuwarten. Etwa ein Dutzend andere Rebellengruppen hatten sich diesem Friedensschluss verweigert. Der Frieden mit den ethnischen Minderheiten in Myanmar war jedenfalls nach eigenen Bekundungen ein zentraler Punkt der Reformpolitik der Regierung unter Präsident Thein Sein.

Die ethnischen Spannungen haben zum Teil auch eine religiöse Komponente. Myanmar ist ein buddhistisch geprägtes Land, rund neunzig Prozent der Einwohner folgen dem Theravada-Buddhismus. Der Anteil der Christen und der Muslime liegt bei jeweils vier bis fünf Prozent, die Zahl der Katholiken beträgt rund 800 000, die Zahl baptistischer Christen etwa 500 000. Vor allem in den Staaten Kachin und Chin, im Nordosten bzw. Nordwesten von Myanmar gelegen, gibt es größere christliche Gemeinschaften. In Kachin liegt der Anteil der Christen laut Regierungsangaben bei gut einem Drittel der Bevölkerung, tatsächlich liegt er aber viel höher. Auch unter den ethnischen Minderheiten der Naga und Karen gibt es überdurchschnittlich viele Christen.



Birma / Myanmar

---

### **Unterdrückung der muslimischen Rohingya**

Im Juni 2012 lösten die Vergewaltigung und der anschließende Mord an einer buddhistischen jungen Frau im Staat Rakhaing (Rakhine) im Westen Myanmars schwere Unruhen aus. Die Tat soll von Muslimen verübt worden sein, die zur Volksgruppe der Rohingya gehören. Aufgebrachte Buddhisten rächten sich, indem sie einen Bus überfielen und zehn Rohingya töteten. Die Gewalt eskalierte schnell, weitere Menschen wurden getötet, Häuser in Brand gesteckt, Angehörige beider Religionen mussten fliehen. Polizei und Militär griffen ein, die Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Im September 2012 kam es in der Stadt Mandalay zu Protestmärschen von Hunderten von buddhistischen Mönchen und etwa fünftausend weiteren Birmanen, die eine Ausweisung der muslimischen Rohingya aus Myanmar forderten. Bei weiteren blutigen Auseinandersetzungen im im Staat Rakhaing (Rakhine) im Oktober 2012 wurden über einhundert Menschen getötet, mehr als viertausend Häuser wurden niedergebrannt und mehr als 22 500 Menschen sind vor der Gewalt geflüchtet. Seither ist es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen gekommen. Insgesamt kamen mehrere hundert Menschen ums Leben, Zehntausende flohen vor der Gewalt.

Die Rohingya sind eine der vielen ethnischen Minderheiten in Myanmar und leben vorwiegend in der westlichen Region des Landes, nahe der Grenze zu Bangladesch im nördlichen Teil des Rakhaing-Staates (Rakhine). Etwa eine Million Rohingya leben dort. Die große Mehrheit von ihnen sind Muslime. Die Rohingya haben ihre eigene Kultur und eine eigene Sprache, die mit der bengalischen Sprache verwandt ist. Die staatlichen Behörden in Myanmar lehnen die Bezeichnung Rohingya ab und sprechen stattdessen von Bengalis. Sie werden als illegale Einwanderer aus Bangladesch angesehen, weshalb ihnen auch die birmanische Staatsbürgerschaft verweigert wird.

Die Rohingya werden in Myanmar auf vielfache Weise diskriminiert und unterdrückt. So ist der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen eingeschränkt, auch auf dem Arbeitsmarkt erfahren sie zahlreiche Behinderungen. Mehr als 100 000 Flüchtlinge und Vertriebene der Volksgruppe der Rohingya leben in Flüchtlingslagern in der Region Rakhaing (Rakhine). Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind in den vergangenen zwanzig Jahren etwa 300 000 Rohingya nach Bangladesch geflüchtet.



Nur knapp 30 000 von ihnen sind offiziell registriert und leben in zwei vom UNHCR betreuten Lagern. Die anderen halten sich illegal in Bangladesch auf. Laut den Vereinten Nationen sind die Rohingya die am stärksten verfolgte ethnisch-religiöse Minderheit weltweit. Als im Frühjahr 2014 nach mehr als dreißig Jahren wieder eine Volkszählung in Myanmar durchgeführt wurde, wurden die Rohingya bei der Zählung ausgeschlossen.

Im Frühjahr 2015 flüchteten Tausende Rohingya aus Myanmar über das Meer nach Malaysia, Thailand und Indonesien. Oft wurden sie dort an den Küsten aufs Meer zurückgeschickt. Wochenlang trieben viele Flüchtlingsboote hilflos auf dem Meer. In einigen Flüchtlingslagern in Thailand und Malaysia sollen laut Medienberichten Rohingya-Frauen Opfer von Massenvergewaltigungen geworden sein. In diesen beiden Ländern wurden im Mai 2015 auch von Menschenschmugglern eingerichtete Flüchtlingslager sowie zahlreiche Gräber mit Leichen von mutmaßlichen Flüchtlingen entdeckt. Erst auf internationalen Druck hin stimmten Malaysia und Indonesien einer vorübergehenden Aufnahme von rund 7000 auf Booten ausharrenden Flüchtlingen aus Myanmar und Bangladesch zu.

### **Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten drei Jahre dargestellt.

Januar 2013: In einer gemeinsamen Stellungnahme der katholischen Bischofskonferenz und des Rates christlicher Kirchen in Myanmar forderten Kirchenführer ein Ende der Gewalt im Kachin-Staat im Norden Myanmars. Die Bombardements müssten aufhören, damit internationale Beobachter sich nach Kachin begeben könnten. Die überwiegend christliche ethnische Minderheit der Kachin fordert weiterhin die Unabhängigkeit ihrer Region. Wegen der anhaltenden Gewalt waren mehr als 100 000 Menschen auf der Flucht.

Februar 2013: Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ machte auf die Not von Zehntausenden von Flüchtlingen im Bundesstaat Rakhaing (Rakhine) im



### Birma / Myanmar

---

Westen Myanmars aufmerksam und warnte vor einer Hungersnot. Wegen der Gewalt zwischen Buddhisten und Muslimen seien mindestens 115 000 Menschen obdachlos geworden, die meisten von ihnen Angehörige der muslimischen Minderheit. Zehntausende Flüchtlinge müssten in improvisierten Lagern leben, ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und ohne medizinische Versorgung.

März 2013: In der Stadt Meiktila im Zentrum von Myanmar, in der Nähe von Mandalay, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen, die sich schnell auf andere Ortschaften ausdehnten. Dabei wurden mehr als vierzig Menschen getötet. Sechs Moscheen wurden zerstört und einige Wohnviertel niedergebrannt. Mehrere Tausend Menschen, hauptsächlich Muslime, flüchteten vor der Gewalt. Die Regierung verhängte den Notstand über die betroffene Region. Nach Angaben der Katholischen Nachrichten-Agentur machte Präsident Thein Sein „politische Opportunisten und religiöse Extremisten“ für die Ausschreitungen verantwortlich und machte deutlich, er werde „nicht zögern, Gewalt anzuwenden“, um die Unruhen in seinem Land zu beenden. Die Sicherheitskräfte forderte der Präsident auf, sie sollten ihre Aufgabe entschieden und im Rahmen der Gesetze wahrnehmen. An die Bürger appellierte er, tolerant und offen gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu sein.

April 2013: Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) veröffentlichte einen Bericht, in dem sie der Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarf. Das Vorgehen der Regierung gegen die muslimische Minderheit der Rohingya im Teilstaat Rakhaing (Rakhine) bezeichnete die Organisation als „ethnische Säuberung“. Dabei seien die örtliche Polizei, das Militär, Behörden sowie buddhistische Mönche beteiligt gewesen. Bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und den muslimischen Rohingya im Oktober 2012 hätten die Sicherheitskräfte vor Ort nichts unternommen. Damals waren über einhundert Menschen getötet worden, mehr als viertausend Häuser wurden niedergebrannt und mehr als 22 500 Menschen mussten vor der Gewalt fliehen. Die Regierung wies die Vorwürfe von HRW allerdings zurück.

Mai 2013: Nach weiteren Ausschreitungen radikaler buddhistischer Gruppen gegen die muslimische Minderheit im Zentrum Myanmars äußerte Bischof



Raymond Saw Po Ray von Mawlamyaing gegenüber dem Nachrichtendienst Fides seine Sorge, dass die Lage sich auch für die christliche Minderheit im Land verschlechtern könnte: „Als christliche Glaubensgemeinschaft können wir nur beten. Wir hoffen, dass die Gewalt gegen religiöse Minderheiten enden wird und fordern zum Schutz jedes Menschenlebens auf.“ Der Bischof leitet die Justitia-et-Pax-Kommission der myanmarischen Bischofskonferenz. Auch Erzbischof Charles Bo von Rangun äußerte sich zu den Vorfällen, wie der katholische Pressedienst Ucanews berichtete. Er rief die Bürger zu Toleranz auf und forderte ein Ende der Gewalt gegen die muslimische Minderheit. Ansonsten könnte „unsere fragile Freiheit, die gerade entsteht, uns aus den Händen gerissen werden und Myanmar in einen schlimmen Abgrund von Hass, Gewalt und Aufruhr stürzen“. Die „tolerante Mehrheit unter den Buddhisten und Muslimen“ müsse sich Gehör verschaffen.

Mai 2013: Die Organisation „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) veröffentlichte einen Bericht, in dem von „schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und die Religionsfreiheit“ in Myanmar die Rede ist. Mit Blick auf den anhaltenden Konflikt zwischen der Volksgruppe der überwiegend christlichen Kachin und der Armee im nördlichen Staat Kachin spricht der Bericht von „brutalen Menschenrechtsverstößen unter der Zivilbevölkerung“. Augenzeugen hätten den Mitarbeitern der Nichtregierungsorganisation von Folter und Misshandlung erzählt.

Mai 2013: Für die Bewohner der Städte Buthidaung und Maungdaw im Staat Rakhine, in denen der Anteil der Muslime bei 95 Prozent liegt, erließen die Behörden eine neue Verordnung. Dort dürfen Familien der muslimischen Rohingya nur noch maximal zwei Kinder haben. Dort lebende Buddhisten sind von der Beschränkung der Geburtenrate nicht betroffen.

Juni 2013: In einer Mitteilung forderte die katholische Bischofskonferenz in Myanmar strengere Maßnahmen gegen religiöse Extremisten. Die Regierung solle entschiedener gegen die Urheber der Gewalt zwischen radikalen Buddhisten und der muslimischen Minderheit vorgehen. „Wir streben nach einer friedlichen Koexistenz aller Religionen“, zitiert der asiatische Pressedienst Ucanews den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof John Hsane Hgyi. In der Abschlusserklärung zur Jahresvollversammlung der Bischofskonferenz brachten die Bischöfe ihren Wunsch zum Ausdruck, dass sich die



### Birma / Myanmar

---

Regierung auch stärker für eine Beendigung der Konflikte mit ethnischen Minderheiten einsetze. Zu Frieden und Aussöhnung könne eine föderative Staatsform beitragen. Ein harmonisches Zusammenleben gehöre zu den höchsten Gütern. Deshalb müsse religiöser Fundamentalismus verhindert werden.

Oktober 2013: Papst Franziskus empfing im Vatikan die Politikerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi zu einer Audienz. Der Papst würdigte den Einsatz Suu Kyis für Demokratie und Frieden. Die Menschenrechtsaktivistin Suu Kyi hatte viele Jahre unter Hausarrest oder im Gefängnis verbracht. 1991 wurde sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, doch das Regime ließ sie nicht ausreisen, um den Preis entgegenzunehmen. Bei Nachwahlen zum Unterhaus von Myanmar konnte sie 2012 einen Parlamentssitz erringen.

Januar 2014: In einem Hirtenbrief forderte Erzbischof Charles Maung Bo von Rangun die Regierung auf, Grundstücke und Schulen an die Kirche zurückzugeben, die zur Zeit des Militärregimes konfisziert worden waren. Das berichtete der Nachrichtendienst Fides. Jahrzehntlang habe man gelitten. Jetzt gelte es, eine wichtige Mission im Land voranzubringen, so Erzbischof Maung Bo in seinem Brief. Die Kirche habe „erstklassige Arbeit“ geleistet im Bildungs- und Gesundheitswesen. Viele der Schulen im Land seien von der Kirche gebaut worden, jetzt verlange man diese Strukturen zurück. Das sei ein „kulturelles Recht“, mahnte Erzbischof Bo.

April 2014: Die katholische Kirche äußerte sich kritisch zu einem Gesetzentwurf der Regierung zum „Schutz von Rasse und Religion“. Gegenüber dem asiatischen katholischen Pressedienst Ucanews sagte Erzbischof Charles Maung Bo, das Gesetz sei „nicht notwendig“ und stelle zu einer Zeit, in der die Bürger Myanmars in den meisten Bereichen neue Freiheiten erfahren, eine erneute Einschränkung der Religionsfreiheit dar. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Heirat von buddhistischen Frauen mit nicht-buddhistischen Männern erschwert wird und nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung staatlicher Behörden und der Eltern der Frau erlaubt sein soll. Außerdem muss der Bräutigam vor der Heirat zum Buddhismus übertreten. Erzbischof Maung Bo forderte demgegenüber den Staat auf, sich in die individuelle Wahl der Religion nicht einzumischen. Die Wahl der Religion sei eine nicht verhandelbare





Gewissensfrage. Der Gesetzentwurf ging auf eine Petition der islamfeindlichen buddhistischen Organisation „969“ zurück. Diese wurde von dem fundamentalistischen und militanten buddhistischen Mönch Ashin Wirathu aus dem Kloster Maseyein in Mandalay gegründet. Von den rund 55 Millionen Birmanen hatten 1,3 Millionen die Petition unterschrieben. Die Organisation „969“ verbreitet seit einigen Jahren eine islamfeindliche Stimmung, etwa mit der Behauptung, Muslime zwingen buddhistische Frauen, zum Islam überzutreten.

August 2014: Die katholischen Bischöfe von Myitkyina, Banmaw und Lashio im Norden Myanmars riefen zur Beendigung des Bürgerkriegs in ihrer Region auf. Das berichtete die Nachrichtenagentur Fides. In der Region gebe es 200 000 Binnenflüchtlinge, die vor den Gefechten zwischen Regierungstruppen und lokalen Guerillagruppen geflohen seien. Die militärischen Auseinandersetzungen waren nach einem 17-jährigen Waffenstillstand im Juni 2011 erneut ausgebrochen. Die betroffene Region, die reich an Bodenschätzen ist, wird vor allem von den Volksstämmen der Kachin und der Shan bewohnt. Unter ihnen gibt es einen sehr hohen Anteil von Christen. Die militärischen Kämpfe waren in der Vergangenheit sehr heftig, vor allem die Regierungsseite geht sehr hart gegen die separatistischen Gruppen vor, worunter vor allem auch die Zivilbevölkerung sehr leidet. Bei den Kämpfen in der Vergangenheit wurden auch mehr als sechzig Kirchen zerstört. „Wir haben gesehen, wie hunderte unschuldige Menschen getötet wurden, tausende Vertriebene in unmenschlichen Auffanglagern leben, ohne Würde und Zukunftsperspektiven“, heißt es in der Botschaft, die von den drei Bischöfen unterzeichnet ist. Sie sprechen von einem „Völkermord“ und fordern die beteiligten Parteien zu Friedensgesprächen auf. Eine Lösung der Konflikte sehen die Bischöfe in einer föderativen Staatsform, die den ethnischen Minderheiten im Norden Myanmars mehr Rechte und mehr Autonomie einräumt.

Februar 2015: Der Erzbischof von Rangun, Charles Maung Bo, der im Januar von Papst Franziskus zum Kardinal ernannt worden war, wurde am 14. Februar 2015 in das Kardinalskollegium aufgenommen. Damit bekam Myanmar seinen ersten Kardinal. Im Gespräch mit Radio Vatikan sagte Rangun Bo, dass er sich auch weiterhin für religiöse Toleranz, Frieden und Versöhnung in Myanmar einsetzen wolle. „Ich fühle, dass ich vor dem Land und auch vor der Regierung jetzt eine lautere Stimme habe als zuvor“, zeigte er sich überzeugt.



### Birma / Myanmar

---

März 2015: Vertreter der Regierung und der Rebellengruppen vereinbarten einen vorläufigen Waffenstillstand mit dem Ziel, die jahrzehntelangen Konflikte zu beenden.

September 2015: Charles Maung Kardinal Bo forderte Staatspräsident Thein Sein in einer Petition dringend zur Überprüfung eines kontroversen Religionsgesetzes auf. Auf Druck der radikalen buddhistischen Mönchsorganisation Ma Ba Tha hatte das Parlament in den vorangegangenen Monaten vier Gesetze zum „Schutz von Rasse und Religion“ verabschiedet. Durch das Gesetzespaket werden die Rechte von religiösen Minderheiten eingeschränkt. So enthalten zwei Gesetze zum Beispiel Bestimmungen zur Eindämmung der Geburtenrate von Nicht-Buddhisten sowie zur Einschränkung von Eheschließungen zwischen Andersgläubigen und Buddhisten. Nach Angaben des asiatischen katholischen Pressedienstes Ucanews schreibt der Kardinal in der Petition: „Das Parlament wurde von einer elitären religiösen Randgruppe zur Verabschiedung von vier schwarzen Gesetzen genötigt, die faktisch den Traum von einem vereinten Myanmar zerstören.“ In dem wachsenden Einfluss der Ma Ba Tha sieht der Kardinal eine Gefahr für die junge Demokratie im Land. Die vier Gesetze seien „das Resultat von Hass“ und könnten sich als „giftige Rezeptur für weitere Jahrzehnte des Konflikts“ erweisen.

Oktober 2015: Kurz vor den Parlamentswahlen, die am 8. November 2015 stattfinden sollten, unterzeichnete die Regierung in der Hauptstadt Naypyidaw einen Waffenstillstand mit acht Rebellengruppen. Im Gegenzug für ihre Einwilligung in den Waffenstillstand wurden diese Rebellengruppen von der Liste der Terrororganisationen gestrichen. Etwa ein Dutzend andere Rebellengruppen weigerten sich, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, darunter auch die Armee der ethnischen Minderheit der Kachin. Auch die Shan State Army-South unterzeichnete den Waffenstillstand nicht, im Gegensatz zur Shan State Army-North, die dem Waffenstillstand zustimmte.

November 2015: Anfang November äußerte die Menschenrechtsorganisation Minority Rights Group International (MRG) Kritik an der bevorstehenden Parlamentswahl in Myanmar. Weil bestimmte ethnische und religiöse Minderheiten von der Wahl ausgeschlossen seien, könne die Wahl nicht als fair und frei bezeichnet werden. Zu den ausgeschlossenen Minderheiten zählten vor allem rund eine Million Rohingya. In Regionen, in denen die Regie-



rungstruppen noch einen Krieg gegen ethnische Milizen führen, wurde die Wahl in einigen Wahlkreisen abgesagt. Betroffen davon war auch die überwiegend von Christen bewohnte nördliche Region Kachin an der Grenze zu China.

### Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)  
Amnesty International  
Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)  
Christian Solidarity Worldwide  
Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)  
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Human Rights Watch  
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)  
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)  
Radio Vatikan, Newsletter  
Union of Catholic Asian News (UCAN)  
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014  
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015  
ZENIT (Nachrichtenagentur)